

Das Zentralkomitee der SED hält es für seine internationalistische Pflicht, sich mit aller Entschiedenheit gegen die seit langem organisierte und betriebene Einmischung der herrschenden imperialistischen Kreise der westdeutschen Bundesrepublik in die inneren Angelegenheiten der ČSSR zu wenden. Die Regierung Straufj-Kiesinger/Brandt verfolgt das Ziel, die sozialistische Ordnung in der ČSSR zu untergraben, die Völker der Tschechoslowakei aus dem Bruderbund sozialistischer Staaten herauszuberechnen und der sozialen Knechtschaft und nationalen Abhängigkeit eines bürgerlich-kapitalistischen Regimes zu unterwerfen.

Diese gegen den mit uns befreundeten und verbündeten tschechoslowakischen Bruderstaat betriebene Politik der westdeutschen Revanchisten und Militaristen richtet sich gegen die Lebensinteressen der DDR, aller Staaten der sozialistischen Gemeinschaft, gegen die Interessen der internationalen Arbeiterklasse, gegen Frieden und die europäische Sicherheit.

Das Zentralkomitee der SED bekräftigt erneut seine brüderliche Freundschaft und Kampfgenossenschaft mit der führenden Kraft der tschechoslowakischen Gesellschaft, der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei. Geleitet von den Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des sozialistischen Internationalismus versichern wir unseren tschechoslowakischen Genossen und Brüdern, daß wir fest an ihrer Seite im notwendigen Kampf zur Bändigung der konterrevolutionären Kräfte und zur Sicherung und Stärkung des Sozialismus in der ČSSR stehen.

Das Zentralkomitee der SED erachtet es in diesem Zusammenhang für dringend erforderlich, daß entsprechend den Beschlüssen des VII. Parteitages und der sozialistischen Verfassung die Einheit von Partei und Volk, die sozialistische Demokratie durch eine gründliche politische Arbeit mit den Menschen gefestigt werden. Angesichts der Verschärfung des Kampfes zwischen Sozialismus und Imperialismus erhöht sich die Notwendigkeit der allseitigen politischen, ökonomischen, kulturellen und militärischen Stärkung des sozialistischen Staates deutscher Nation.

Beschluß des Politbüros des ZK vom 19. Juli 1968⁷